

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag des Abgeordneten Peter Boehringer und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/593 –

zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates
über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds
KOM(2017) 827 endg.; Ratsdok. 15664/17

hier: Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nummer 2 zum Vertrag
von Lissabon (Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit)

Unvereinbarkeit des Verordnungsentwurfs der EU-Kommission über die
Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds mit dem Subsidiaritätsprinzip

A. Problem

Der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission mit dem Ziel einer Überführung des intergouvernemental vereinbarten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in den sogenannten Unionsrechtsrahmen stellt aus Sicht der antragstellenden Fraktion der AfD eine Subsidiaritätsverletzung gemäß Artikel 6 des Protokolls Nummer 2 zum Vertrag von Lissabon dar. Der von der Kommission hierfür als Rechtsgrundlage herangezogene Artikel 352 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union kann als Rechtsgrundlage für Vertragserweiterungen nicht dienen.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag bittet seinen Präsidenten, der Europäischen Kommission die Feststellung einer Verletzung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Subsidiaritätsrüge) zu übermitteln.

Einvernehmliche Erledigterklärung des Antrags.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/593 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 28. Februar 2018

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Johannes Kahrs
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Johannes Kahrs, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Anja Hajduk

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 11. Sitzung am 1. Februar 2018 den Antrag auf **Drucksache 19/593** an den Haushaltsausschuss zur federführenden Beratung überwiesen. Die Überweisung erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag seinen Präsidenten bitten, der Europäischen Kommission unter Wahrung der Frist die Feststellung einer Subsidiaritätsverletzung gemäß Artikel 6 des Protokolls Nummer 2 zum Vertrag von Lissabon wegen Überführung des intergouvernemental vereinbarten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in den sogenannten Unionsrechtsrahmen zu übermitteln. Artikel 352 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf den sich die Europäische Kommission bei ihren Planungen stützt, kann als Rechtsgrundlage für eine Vertragserweiterung nicht herangezogen werden.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/593 in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 abschließend beraten. Er beschloss einvernehmlich, dem Deutschen Bundestag die Erledigterklärung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/593 zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen gefasst.

Berlin, den 28. Februar 2018

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Johannes Kahrs
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstellerin

Anja Hajduk
Berichterstellerin

